Begründung:

Der 1. Entwurf des Haushaltes 2018 wurde im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft am 06.09.2017 zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Die Änderungen der Fachausschüsse und die aktuellen Daten zur Steuerschätzung November 2017 sowie des Kommunalen Finanzausgleiches wurden entsprechend eingearbeitet.

Der Haushalt 2017 plant hiernach einen Überschuss im Ergebnishaushalt von 508.861 €.

- Ergebnishaushalt:

Neben den in den Fachausschüssen beschlossenen Zielen und Kennzahlen wurden folgende Änderungen berücksichtigt:

Teilhaushalt 10 – Innerer Service

Erhöhungen der Aufwendungen für Städtepartnerschaften um 4.000 €

Teilhaushalt 11 – Finanzen und Wirtschaft

Wegfall Gewinnausschüttung Wohnungsbaugesellschaft und Anpassung Zuschüsse an Beteiligungen

Teilhaushalt 12 – Schule, Jugend und Sport

Anpassung der Erträge und Aufwendungen für das Hallenbad entsprechend des aktuellen Businessplanes

Teilhaushalt 14 – Stadtmarketing, Kultur und Tourismus

Mietzahlung für die Anmietung der Räume im ehemaligen Bahnhof in Höhe von 19.500 € und Einrichtungs- bzw. Umbaukosten in Höhe von 7.500 €

Veranstaltungskosten für das 70-jährige Freibadjubiläum in Höhe von 3.000 €

Teilhaushalt 20 – Soziales, Ordnung und Verkehr

Anpassung der Verwaltungskostenpauschale für Flüchtlinge aufgrund gesunkener Fallzahlen sowie zusätzliche Berücksichtigung der Einmalzahlung seitens des Landkreises für den Zeitraum 2017 bis 2019 mit jährlich je 194.600 €

Erhöhung des Zuschusses an das Tierheim um 12.500 € sowie Geschäftsaufwendungen für Gerichtskosten um 5.000 €

Teilhaushalt 21 – Bauen

Anpassung der Erträge und Aufwendungen für die Energiezentrale entsprechend des aktuellen Businessplanes

Unterhaltungskosten für die Mitfahrerbanken in Höhe von 1.200 €, da diese haushaltsrechtlich dem ÖPNV zuzuordnen sind

Erhöhung Zuschuss an das RUZ für das Projekt Energiesparkids in Höhe von 19.900 €, da die bisherige Förderung ausgelaufen ist

Teilhaushalt 61 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Die regionalisierten Ergebnisse der Steuerschätzung November 2017 weichen nur geringfügig von den im letzten Entwurf zugrunde gelegten Werten laut Orientierungsdaten des Landes ab. Zwischenzeitlich liegen auch die vorläufigen Schlüsselzahlen für die Verteilungsquote der nächsten drei Jahre vor. Beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer ergibt sich insgesamt eine Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung von rund 55.000 €.

Der vorläufige Grundbetrag für die Schlüsselzuweisungen wurde mit 1.027,97 € bekannt gegeben. Unter Berücksichtigung der Nachzahlung für 2017 in Höhe von voraussichtlich 117.000 € betragen diese dann 7.981.856 €. Die Verbesserung gegenüber dem ersten Entwurf beträgt 284.790 €.

Die Kreisumlage wurde anhand dieser Werte bei einem Umlagesatz von 50 Punkten mit 9.982.904 € berechnet und verringert sich damit gegenüber dem letzten Entwurf um 109.602 €.

Die Gewerbesteuer wurde im 2. Entwurf des Haushaltes 2018 unverändert gegenüber dem 1. Entwurf mit 3,88 Mio € angesetzt. Das vorläufige Rechnungsergebnis des Jahres 2017 beläuft sich bei der Gewerbesteuer zwar auf 4,075 Mio €, jedoch sollte aus Sicht der Verwaltung dieser Betrag nicht angepasst werden, da erfahrungsgemäß gerade die Gewerbesteuerzahlungen starken Schwankungen unterliegen können. Hier sollte das Gebot der Vorsicht gelten.

Demgegenüber wurde der Planansatz der Hundesteuer entsprechend dem Rechnungsergebnis 2017 und der aktuellen Veranlagung um 10.000 € auf 135.000 € erhöht.

Aufgrund des geänderten Investitionsprogramms ab 2018 wurden die Zinsaufwendungen der Folgejahre neu kalkuliert.

- Investitionsprogramm und Schuldenentwicklung

Der Investitionsbedarf der Jahre ab 2018 hat unmittelbare Auswirkungen auf den Schuldenstand. Diese wurden daher hinsichtlich ihrer zeitlichen Inanspruchnahme von Finanzmitteln entsprechend der personell möglichen Kapazitäten kritisch überprüft.

Neben den in den Fachausschüssen beschlossenen Maßnahmen wurden daher folgende Änderungen vorgenommen:

Gegenüber der letzten Planung wurden die Verkäufe aus Gewerbegrundstücken um 220.000 € erhöht. Aufgrund der derzeitigen Reservierungen für die Erweiterung des Gewerbegebietes Branterei ist dieses Verkaufsziel realistisch und entspricht auch dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Ziel.

Für den Bau eines Werbepylons im Gewerbegebiet Branterei wurde ein Betrag von 250.000 € eingeplant. Die Baukosten sollen über Vermietung der Flächen refinanziert werden.

Der Neubau der Turnhalle in Glarum beginnt erst im Herbst 2018, so dass anfänglich nur Mittel in Höhe von 250.000 € in 2018 benötigt werden.

Gleiches gilt für den Neubau der Krippe in Oestringfelde, welche aktuell aber wegen der Kinderzahlen mit 3 Gruppen und entsprechender Landesförderung eingeplant wurde. Auch der Baubeginn für den Anbau an der Kindertagesstätte Schortens kann aus Kapazitätsgründen bei dem Fachbereich Bauen erst zum Herbst 2018 starten, so dass die vollen Mittel noch nicht zu veranschlagen sind.

Im Teilhaushalt Bauen wurden kleine Positionen aufgrund der Inanspruchnahme der letzten Jahre reduziert.

Daneben wurde die Anschaffung von LED-Beleuchtung um 50.000 Euro erhöht, da nur noch in 2018 Fördermittel zur Verfügung stehen. Der überwiegende Teil der geplanten Maßnahme kann hierdurch umgesetzt werden.

Die Kosten für die Energiezentrale wurden wegen Preissteigerung um 250.000 € erhöht.

Nach der derzeitigen Planung des Finanzhaushaltes können ab 2018 anteilig liquide Mittel (Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit Zeile 18 des Finanzhaushaltes) neben der Tilgung für Investitionen eingesetzt werden.

Die Kreditaufnahme wurde daher wie folgt geplant (Zeile 32, 34, 35 Finanzhaushalt):

Für 2018 ist wie bislang ein Kreisschulbaudarlehen über 789.500 Euro für Glarum geplant.

Für 2019 ist eine neue Kreditaufnahme 150.000 € vorgesehen. Daneben sind noch zwei Darlehensumschuldungen von 1,4 Mio Euro vorgesehen.

Für 2020 ist die letzte Rate Kreisschulbaudarlehen Glarum über 398.000 Euro als Kreditaufnahme, eine Kreditneuaufnahme von 550.000 € und eine Umschuldung über 821.000 Euro vorgesehen.

Für 2021 ist eine Kreditaufnahme von 900.000 € geplant.

Aufgrund der Förderung des Hallenbades durch das Land Niedersachsen mit 1 Mio € ist eine Kreditaufnahme für den Bau (Reste aus Vorjahren) nicht mehr in dem Umfang wie geplant erforderlich. Gleichzeitig sinkt hierdurch die von der Kommunalaufsicht festgelegte Schuldenobergrenze von 17,5 Mio € auf 16,5 Mio €. Weiterhin wurden in 2017 Baugrundstücke im Umfang von 864.000 € und somit 167.000 € mehr als geplant verkauft. Dieser Betrag wird mindernd bei der Kreditaufnahme für 2017 berücksichtigt.

Der langfristige Schuldenstand entwickelt sich somit wie folgt. Ziel muss es für die Zukunft sein, diesen weiter zu senken.

Jahr	Zins	Tilgung	Gesamtschuldendienst	Kreditaufnahme	Schuldenstand z. 31.12.
2016	262.666,80 €	546.700,41 €	809.367,21 €	2.524.625,00 €	11.304.619,25 €
2017	322.509,05 €	693.582,63 €	1.016.091,68 €	6.079.610,00 €	16.465.026,50 €
2018	321.123,86 €	746.004,28 €	1.067.128,14 €	789.500,00 €	16.508.522,22 €
2019	289.428,39 €	764.169,38 €	1.053.597,78 €	150.000,00 €	15.894.352,84 €
2020	285.159,71 €	786.570,97 €	1.071.730,68 €	948.000,00 €	16.055.781,87 €
2021	288.801,13 €	770.576,28 €	1.059.377,40 €	900.000,00 €	16.185.205,59 €